

12/2006

## **Neuorientierung, Konsolidierung, Paradigmenwechsel**

### Rheinland-Pfalz unter der Regierung von Helmut Kohl, Bernhard Vogel und Carl-Ludwig Wagner

Vortrag im Rahmen der Reihe „Rückblenden. 60 Jahre Rheinland-Pfalz“, Mainz, 18.  
Dezember 2006

Zäsuren in der historisch betrachtet ja eigentlich noch recht kurzen, 60jährigen rheinland-pfälzischen Landesgeschichte zu definieren, ist, wenn man es genauer betrachtet, gar nicht so einfach.

Auf den ersten Blick mag es stimmig erscheinen, die rund 22 Jahre zwischen 1969 und 1991, die unsere heutige, zweite Vortragsveranstaltung behandeln sollen, als zusammengehörig zu betrachten: 1969 und 1991 fanden Regierungswechsel statt, und die waren alles andere als unproblematisch oder gar geräuschlos. 1969 übernahm Helmut Kohl das Amt des Ministerpräsidenten von dem altgedienten „Landesvater“ Peter Altmeier, der wohl gerne noch eine geraume Weile weiterregiert hätte, wäre er nicht im parteiinternen Machtkampf unterlegen. Allerdings: Diese Amtsübernahme fiel nicht vom Himmel, sie war seit langem erhofft, wenn nicht vorbereitet - seit 1966, als Helmut Kohl Vorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz geworden war, wohl auch verabredet worden. 1991 fand ebenso ein Wechsel statt, diesmal freilich nicht nur eine personelle Veränderung an der Spitze des Bundeslandes, sondern sogar in den Regierungsparteien: die jahrzehntelange Dominanz der CDU im Lande fand ein Ende, die SPD stellte nunmehr den Ministerpräsidenten. Allerdings: auch dieser Wechsel fiel nicht vom Himmel, er hatte sich schon abgezeichnet, drei Jahre zuvor, 1988, als Ministerpräsident Bernhard Vogel auf dem Koblenzer Parteitag der CDU nicht mehr zum Parteivorsitzenden gewählt, auch als Ministerpräsident zurückgetreten und mit dem viel zitierten Wort „Gott schütze Rheinland-Pfalz“ aus dem Amt geschieden war. Der Spiegel hatte damals

in Anspielung auf seinen parteiinternen Widersacher weitergetextet: „vor Wilhelm!“ Die Regierungszeit Carl Ludwig Wagners trägt vor diesem Hintergrund schon Züge des Übergangs. Schon bald sprach man damals von Wagner als einem „Ministerpräsident mit Verfallsdatum“, was freilich der intensiven, sachorientierten Arbeit seiner Regierung Unrecht tat.

Die Daten, die den heute zu betrachtenden Zeitraum begrenzen, sind also gar nicht so fest, man könnte mit guten Gründen erwägen, ob man nicht eigentlich schon früher ansetzen müsste, Übergänge zu berücksichtigen wären usw.

Das gleiche Problem tritt auf, wenn es um inhaltliche Kennzeichnungen für diesen Zeitabschnitt geht. Gemeinhin wird die Ära Kohl ja als die große Reformzeit des Landes gesehen, eine Zeit, in der ein frischer, neuer Wind das Land durchwehte, der eine deutliche Abgrenzung zur Ära Altmeier geschaffen habe. Aber: war das alles wirklich so neu, was 1969 ins Werk gesetzt wurde? Waren nicht schon unter Peter Altmeier zentrale Reformen begonnen worden, man denke nur an die viel zitierte Verwaltungsreform, die ja maßgeblich schon Altmeiers Chef der Staatskanzlei Fritz Duppré vorangetrieben hatte? Helmut Kohl übernahm auch praktisch das ganze Kabinett Altmeiers, in das auf seine Initiative hin zwei Jahre zuvor schon zwei junge Vertraute eingezogen waren: Bernhard Vogel als Kultusminister, Heiner Geißler als Sozialminister. Ist da wirklich eine so scharfe Trennlinie zu ziehen? Ganz ähnlich am Ende unseres Zeitraumes: Bemerkenswert scheint hier, dass sich die neue Regierung Rudolf Scharping nach 1991 neben allen neuen Akzenten, die sie zu setzen bemüht war, stets auch um ein hohes Maß an Kontinuität zur Vorgängerregierung und um Berechenbarkeit ihres politischen Handelns bemüht hat. Wieviel Kontinuität, wie viel Diskontinuität prägte diese Jahre?

Schon an diesen wenigen Beispielen wird deutlich, dass vieles von dem, was wir zu wissen glauben, was auch im Titel des Vortrages so klar und eingängig formuliert scheint -Neuorientierung unter Helmut Kohl, Konsolidierung unter Bernhard Vogel, Paradigmenwechsel 1991 - sich sehr wohl hinterfragen lässt, dass die Historiker eigentlich jetzt erst anfangen mit der Forschung, mit der Prägung von Begriffen und der Einordnung des historischen Geschehens. Wir stehen, gerade auch was die regionale Zeitgeschichtsforschung in Rheinland-Pfalz anbelangt, für die 1960er, 70er und 80er Jahre noch ganz am Anfang: abgesehen von Erinne-

rungswerken einzelner Politiker, von speziellen politikwissenschaftlichen Studien und publiziertem Material aus der Zeit ist die Literatur spärlich, bedürfte es einer systematisch forschenden Einrichtung zur regionalen Zeitgeschichte, die wir in Rheinland-Pfalz leider nicht haben.

So muss vieles von dem, was im Folgenden vorstellt werden soll, als vorläufig gelten und muss oft noch mit Fragezeichen versehen werden.

## **I. Neuer Stil und neue Ziele**

Es war zweifelsohne etwas ganz Neues, was Rheinland-Pfalz da erlebte, als 1969 der Ludwigshafener Helmut Kohl das Amt des Ministerpräsidenten übernahm – in jeder Hinsicht. Kohl war damals kaum 40 Jahre alt, hatte sich energisch an die Spitze der Partei gekämpft und war, seit 1963 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, zu einer politischen Zentralfigur im Lande avanciert – und das, obwohl der Weg dorthin nicht nur leicht gewesen war. Der Ministerpräsident hegte eine unverhohlene Abneigung gegen den jungen Mann, der mit seinen „Kameraden“ aus der Jungen Union die „Alten“ verdrängen wollte, sich manchmal sogar provokant verhielt. Er sprach vom „Kalkwerk“ der älteren Generation, lehnte die klerikale Entourage des Ministerpräsidenten ab und konnte auch mit den in seinen Augen antiquierten Umgangsformen nichts mehr anfangen. In seiner Autobiographie bekennt Kohl z.B., wie zuwider es ihm gewesen sei, dass alle hätten aufstehen müssen, wenn Ministerpräsident Altmeier den Raum betrat. Was Kohl trieb, war neben einem wohl nicht zu bestreitenden Ehrgeiz die Sorge, seine Partei könne die Regierungsfähigkeit verlieren, wenn sie nicht schleunigst modernisiert werde, sich den Anforderungen der Zeit durch innere Erneuerung stelle. Dabei kam ihm zugute, dass durch den Krieg praktisch eine ganze Politikergeneration ausgefallen war und junge Leute wie er sehr schnell ihre Chance bekamen. Und die wusste er zu nutzen, obwohl vieles schon beim Debüt hier im Landtag 1959 schief gelaufen war: vielfach wird bekundet, wie schlecht seine Jungfernrede als Landtagsabgeordneter inhaltlich wie rhetorisch gewesen sein muss. Aber Helmut Kohl verstand es, junge, engagierte Mitstreiter zu gewinnen, das später so oft zitierte „System

Kohl“ zu etablieren, das auf „Kameradschaft“ –so der von ihm selbst dafür meist gebrauchte Begriff-, Gemeinsamkeit der Ziele und Machtbewusstsein gebaut war.

Auf dieser Grundlage und mit dem klaren Willen das Land zu reformieren, übernahm er im Mai 1969 das Amt des Ministerpräsidenten. Seine politische Zielstellung, der jugendliche Schwung seines politischen Anfangs entsprach, wie sich bald schon herausstellen sollte, ganz und gar dem Zeitgeist und sicherte der CDU neue Zustimmung im Lande. „In der damaligen Zeit war natürlich die Reform auch psychologisch bei den Menschen überfällig“, hat er selbst einmal erklärt. Der Erfolg des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers Willy Brandt, der im selben Jahr, einige Monate später, am 28. Oktober seine legendäre Regierungserklärung vor dem Bundestag hielt, in der auch er eine umfassende Reform Deutschlands ankündigte, bestätigt dies von einer ganz anderen Warte.

Rheinland-Pfalz jedenfalls hatte nun einen Ministerpräsidenten, der hemdsärmelig die Probleme des Landes anging, den man in Mainz auf der Straße sah, wenn er schon mal mit politischen Freunden essen ging und der auch keine Probleme damit hatte, in der politisch aufgeheizten Zeit der 68er Studentenbewegung lautstark in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

In diesem Klima wurde der Begriff „Reform“ zu einem geflügelten Wort: Rheinland-Pfalz sollte nach der Bewältigung der Kriegsfolgen nun vorangebracht werden, es sollte modernisiert werden und aufschließen zu den erfolgreichen Bundesländern. An Betätigungsfeldern um sich diesem Ziel zu nähern, mangelte es nicht. Kaum etwas, das so blieb wie es war. Nur vier der wichtigsten Politikfelder seien herausgegriffen, die übrigens auch in ganz ähnlicher Weise das politische Handeln der sozialdemokratischen Bundesregierung bestimmt haben: die Verwaltungsreform, der Aufbau des modernen Sozialstaates, die Wirtschaftsförderung und die Erneuerung des Bildungssystems.

## **II. Die Reformpolitik der 1970er Jahre**

### **a. Verwaltungsreform**

Als zentral wichtig für die rheinland-pfälzische Reformära erscheint heute vor allem die große Verwaltungsreform. Sie wurde gegen schwere, lang andauernde Widerstände eingeführt, deren Ausmaß zu erahnen ist, wenn nur jene 58 Klagen bedacht werden, die damals gegen die Reform beim Verfassungsgerichtshof des Landes in Koblenz eingereicht wurden. Insgesamt 18 Gesetze waren es, die zwischen 1966 und 1974 die Landesverwaltung grundlegend verändert haben. Seit 1. Oktober 1968 verfügte Rheinland-Pfalz nur noch über drei Regierungsbezirke, nämlich Koblenz-Montabaur, Rheinhessen-Pfalz und Trier. Neu sollte auch die Verwaltung der Landkreise werden, doch zeigte hier schon der Widerstand des Landkreistages an, dass man Durchsetzungskraft brauchte. Am Ende blieben nur 9 der 39 Landkreise von der Reform unberührt: 30 Landkreise wurden aufgelöst, 15 neu gebildet, die Gesamtzahl verringerte sich von 39 auf 24. Weniger Fortschritte ergaben sich auf der Ebene der kreisfreien Städte: vor wie nachher waren es 12, die aber z.T. durch Eingemeindungen vergrößert wurden. Der umstrittenste Punkt aber waren die kleinen Ortsbürgermeistereien auf dem Land, die in größere, moderne Strukturen überführt werden sollten, in sog. „Verbandsgemeinden“. Trotz heftigster Widerstände führte die Reform hier zu 164 solcher „Verbandsgemeinden“. Ziel war es immer, eine Mindesteinwohnerzahl pro Verwaltungseinheit von 7.500 Bürgern zusammenzubringen. Integraler Bestandteil der Reform war vor allem auch eine neue Zuordnung von Kompetenzen, die sog. „Funktionalreform“. Die Selbstverwaltung auf unterster Ebene sollte gestärkt und bürgernah organisiert werden. Auch auf diesem Gebiet blies der Regierung heftigster Wind entgegen, sträubten sich die vorhandenen Institutionen gegen die Verlagerung von Kompetenzen. Eben deshalb hat die Funktionalreform dann auch die nachfolgenden rheinland-pfälzischen Landesregierungen immer wieder beschäftigt und erst allmählich zu gravierenderen Schwerpunktverlagerungen geführt.

Insgesamt wird man feststellen können, dass die rheinland-pfälzische Verwaltungsreform in ihrer Zeit wie auch in der historischen Rückschau als ein Werk galt und gilt, das den Vergleich mit anderen deutschen Ländern nicht zu scheuen braucht, ja Vorbild gab. Hier wurden entscheidende, große Schritte unternommen,

die den Verwaltungsapparat an die Erfordernisse der Zeit angepasst haben und das nachgeholt haben, was bereits Peter Altmeier 1948 im Selbstverwaltungsgesetz versucht, aber nicht erreicht hatte. Vor einem wirklichen Reformschritt war er damals in der Sorge zurückgeschreckt, das noch junge Land könnte im Streit der betroffenen Institutionen zerbrechen.

## **b. Sozialpolitik**

Die Verwaltungsreform wird, sicherlich mit einiger Berechtigung, gleichsam als das „Meisterstück“ der Regierungszeit Helmut Kohls hervorgehoben. Nicht zu übersehen ist jedoch auch, in welchem rasantem Tempo in dieser Zeit Sozialstaatlichkeit ausgebaut und soziale Einrichtungen geschaffen wurden. Wenn die Jahre 1969 – 1974 heute in der Historiographie als die „Phase der größten Beschleunigung wohlfahrtstaatlicher Expansion“ (H.G. Hockerts) in Deutschland eingeordnet werden, so galt dies insbesondere auch für Rheinland-Pfalz. Das Grundrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit und das nunmehr propagierte Sozialstaatsprinzip führten zu einem „grundlegend neuen Ansatz in der Sozial- und Gesellschaftspolitik“, so Sozialminister Heiner Geißler damals. „Es geht darum, gemeinsam die soziale Infrastruktur unseres Landes ständig auszubauen und die allgemeinen Lebens- und Umweltbedingungen der Bürger zu verbessern, und zwar für alle Bürger, unabhängig davon, wo sie wohnen.“ Die Solidarität mit den Schwächsten in der Gesellschaft wurde eingefordert, ein breiter, planvoller Ausbau von Kindergärten, Altenheimen, Krankenhäusern, Sportstätten und anderen sozialen Einrichtungen war das Ziel: demgegenüber hatten die damals vonseiten der Landräte schon geäußerten Finanzierungsorgen zurückzutreten. Wer heute in Kenntnis der Probleme unserer sozialen Sicherungssysteme die Broschüren und Rechenschaftsberichte des rheinland-pfälzischen Sozialministeriums liest, fühlt sich bisweilen in ein Traumland versetzt, so viel wurde im zeittypischen ungebrochenen Glauben an die Planbarkeit politischen Handelns und mit dem Rückenwind einer Anfang der 70er Jahre noch sprudelnden Konjunktur in Jugend- und Altenplänen, Krankenhaus- und Goldenen Sportplänen angedacht. Auch die berühmte „Sozialstation“ entstand damals als rheinland-pfälzisches Projekt, das vor allem von der Sozialpolitikerin Susanne Hermans nach amerikanischem Vorbild initiiert wurde.

Wenn auch längst nicht alles umgesetzt werden konnte, was damals projiziert wurde, so ist doch nicht zu übersehen, dass diese Arbeit das Gesicht des Landes nachhaltig verändert hat, insbesondere auch dem Leben auf dem Land in den strukturschwachen Gebieten von Rheinland-Pfalz ein ganz anderes Gepräge gegeben hat. Dabei war Heiner Geißler der Ausbau der Kindergärten ein besonderes Anliegen, denn schon damals war klar, dass die Schaffung von Chancengleichheit für alle Kinder im Kindergartenalter ansetzen musste. Darum verabschiedete der rheinland-pfälzische Landtag im Juli 1970 das bundesweit erste Kindergarten-gesetz, das eine drastische Erhöhung der Zahl der Kindergartenplätze wie auch eine bessere Ausbildung der Erzieherinnen anstrebte. Im Zuge dieser Maßnahmen verfünffachten sich bereits zwischen 1967 und 1971 die staatlichen Investitionen in diesem Bereich.

### **c. Wirtschaftsförderung**

Zentral wichtig für ein Land mit einer so schlechten ökonomischen Ausgangsbasis wie Rheinland-Pfalz war natürlich eine intensive Verkehrs- und Wirtschaftsförderungspolitik. Die entscheidende Wende dürfte hier durch die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft herbeigeführt worden sein: über Nacht wurde aus dem Grenzland Rheinland-Pfalz mit allen politischen und wirtschaftlichen Nachteilen, die diese Lage geradezu zwangsläufig hatte, ein europäisches Kernland. Das barg ungeheure wirtschaftliche Entwicklungschancen, für deren Nutzung allerdings eine hinlängliche Infrastruktur, vor allem gute Verkehrswege Voraussetzung waren. Schon die Altmeier-Regierung hatte an einer Verbesserung der Verkehrswege gearbeitet, dabei zunächst aber in Verkennung der Potentiale der individuellen Motorisierung zunächst noch auf einen Ausbau des Schienennetzes gesetzt. Es war dann vor allem Wirtschaftsminister Heinrich Holkenbrink, der den planmäßigen Ausbau der Fernstraßen in Rheinland-Pfalz bis weit in die 1980er Jahre vorangetrieben und damit ganz wesentlich zur Verbesserung des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz beigetragen hat. Einen zentralen Baustein in seinem Verkehrswegekonzept stellte dabei der lückenlose Ausbau der A 61 dar, die 1967 begonnen, 1975 fertig gestellt wurde und Rheinland-Pfalz im Wortsinne „erfahrbar“ gemacht hat.

Vor diesem Hintergrund holte Rheinland-Pfalz auf, mauserte sich vom Land der „Reben und Rüben“ zum respektablen Wirtschaftsstandort. Zunächst zog der Handel mit den direkten Nachbarländern Belgien, Luxemburg und vor allem Frankreich an. In den frühen 1960er Jahren hatte man das Mittelfeld im bundesdeutschen Wirtschaftsvergleich erreicht. Mitte und Ende der 1960er Jahre zog Rheinland-Pfalz auch die Automobilindustrie an, die sich gerade in strukturschwachen Gebieten oder Randlagen niederließ. Die Politik hat diesen Aufschwung mit Fördermaßnahmen unterstützt, um insbesondere der mittelständischen Industrie eine Partizipation am Exportgeschäft, das die rheinland-pfälzische Wirtschaft bald schon bestimmte, zu ermöglichen. 1983 hatte man schließlich mit 34,4% die höchste Exportquote aller deutschen Bundesländer erreicht.

#### **d. Schulpolitik**

Als Voraussetzung für eine erfolgreiche Landesentwicklung wurde schließlich sehr früh schon die Modernisierung des Schulsystems erkannt. Die bei der Abstimmung über die Verfassung mit beschlossene rheinland-pfälzische Konfessionsschule war eine Last der Gründungszeit, die abzuschütteln außerordentlich schwer fallen musste, nicht zuletzt auch, weil Ministerpräsident Altmeier nach wie vor energisch an ihr festhielt. Doch die zahlreichen Zwergschulen vermochten längst nicht mehr jenes Niveau zeitgemäßer Bildung zu erreichen, dessen Rheinland-Pfalz für seine Fortentwicklung bedurfte. Der von den Kultusministern der Länder 1965 einberufene Deutsche Bildungsrat gab auch für Rheinland-Pfalz das Signal zur Veränderung, die sich auf das Engste mit dem Namen des damaligen Kultusministers Bernhard Vogel verband. 1967 und 1970 fanden die entscheidenden Verfassungsänderungen statt, die die christliche Simultanschule zur Regelschule machten und auch die Lehrerbildung aus konfessionellen Bindungen löste. Der Kultusminister und seine Staatssekretärin Hanna Renate Laurien waren mit dieser Politik z.T. heftigen Angriffen ausgesetzt. Zu einem Bruch mit der Kirche, insbesondere der katholischen Kirche ist es jedoch nicht gekommen, vermutlich weil hier das Ende 1968 eingerichtete katholische Büro der fünf Rheinland-Pfalz tangierenden Diözesen als Clearingstelle wirken konnte.

Was nun kam, war das bis heute bekannte gegliederte Schulsystem, war die vermehrte Einführung der Realschule, deren Zahl bis 1975 verdreifacht wurde.

Auch die Oberstufe des Gymnasiums wurde reformiert, hier ist sicherlich noch die Mainzer Studienstufe in Erinnerung, mit der Kultusminister Vogel von den Abiturienten drei statt wie in anderen Bundesländern zwei Leistungskurse verlangte.

Bemerkenswert erscheint aus heutiger Sicht, wie vor dem Hintergrund einer prosperierenden Wirtschaft direkt auch die Konsequenzen aus dem Reformprogramm gezogen wurden: neue Schulen, gerade auch für geistig und körperlich behinderte Kinder, aber auch die Erweiterung des Hochschulwesens durch die Neu- bzw. Wiedergründung der Hochschulen in Kaiserslautern und Trier bzw. den Ausbau der Hochschule in Koblenz-Landau.

### **III. Die 1980er Jahre**

Nimmt man alles zusammen, so lässt sich schon an diesen wenigen Beispielen aus der Verwaltungs-, Sozial-, Wirtschafts- und Schulpolitik der enorme Schwung, der Reform- und Modernisierungseifer nachempfinden, der in den 1970er Jahren die Regierungen Kohl und Vogel ganz wesentlich bestimmt hat. Dabei war beiden Ministerpräsidenten klar, dass große Reformvorhaben nur mit einer über die eigenen Parteigrenzen hinausreichenden politischen Mehrheit zu bewältigen waren: und auch hier setzte z.B. Helmut Kohl neue Maßstäbe, indem er auch die sozialdemokratischen Pfeifenraucher Jockel Fuchs und Karl Thorwirth im viel zitierten „Pfeiffenkabinett“ zur Beratung der großen Reformvorhaben hinzuzog.

Bald jedoch sollten dieser atemberaubenden Modernisierungswelle enge Grenzen gesetzt werden. Schon die erste Ölkrise 1973, dann aber auch die zweite 1979, auf die eine wirtschaftliche Rezessionsphase 1981/82 folgte, ließen erkennbar werden, dass die Zeiten des scheinbar ungebremsten Wachstums, stetig steigender Prosperität und der Vollbeschäftigung nicht endlos sein würden. Es begann, wie Eric Hobsbawm das genannt hat, die „Ära der langfristigen Schwierigkeiten“. Das wirtschaftliche, aber auch das politische und gesellschaftliche Umfeld fingen an, sich zu ändern und so wurden schließlich die Endsiebziger und die 80er Jahre bei

aller Kontinuität und Berechenbarkeit, die die rheinland-pfälzische Politik seit jeher auszeichneten, auch Zeiten eines immer spürbareren Wandels. Andreas Wirsching spricht in seiner Studie über die 80er Jahre in Deutschland geradezu davon, dass diese Zeit der „archimedische Punkt eines umfassenden ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturwandels“ gewesen sei. „Strukturwandel“: das war schlechthin das Schlagwort der 80er Jahre. Manche Bundesländer traf dieser Strukturwandel weit härter als Rheinland-Pfalz – man denke nur an die Kohle- und Stahlindustrie im Saarland oder in NRW. Aber auch hier zeichnete sich allmählich Wandel im Gefüge der modernen Industriegesellschaft ab, etwa durch den Übergang zur postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft oder auch durch krisenhafte Erscheinungen in der Landwirtschaft. Für die dadurch ausgelösten Veränderungsprozesse gibt es eine Reihe von Indikatoren, nur zwei seien genannt:

Obwohl sich nach 1983 ein wirtschaftlicher Aufschwung bemerkbar machte, blieb die Investitionsquote niedrig und führte daher kaum zu einem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. In der langfristigen ökonomischen Perspektive wurden daher die 80er Jahre zu einer Zeit der chronischen Wachstumsschwäche. Man sprach vom „Aufschwung ohne Arbeit“ und versuchte durch Hilfen zum Strukturwandel und durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes die Entwicklung sozialpolitisch abzufedern. Diesen allgemeinen Trend bekam auch Rheinland-Pfalz zu spüren: 1985 zählte man hier knapp 125.000 Arbeitslose, fast 75.000 mehr als noch fünf Jahre zuvor. Der demographische Wandel, seit den 1970er Jahren im Gang, wurde in seinen politischen Folgewirkungen mehr und mehr bewusst. Wie ein *ceterum censeo* begann nun z.B. der rheinland-pfälzische Landtagspräsident Volkert in seinen Reden darauf hinzuweisen, mahnte Sparsamkeit der öffentlichen Hand an, sprach davon, dass man den Gürtel enger schnallen müsse, den Sozialstaat nicht weiter ausbauen könne.

Die Regierung Vogel hat sich dieser Entwicklung mit Mitteln entgegengestemmt, die bis zum heutigen Tage die politische Diskussion bestimmen. Sie hat stets auf eine solide Finanzpolitik gesetzt, die Carl Ludwig Wagner als Finanzminister umgesetzt hat. Sie betrieb schon damals Deregulierung und hat z.B. im Zeitraum von 1980 bis 1982 die Zahl wirtschaftshemmender Verwaltungsvorschriften in Rheinland-Pfalz von rund 6.000 auf 1.100 verringert. Auch die Privatisierung

staatlicher Aufgaben war damals schon ein Thema. Nicht zuletzt in diesem Kontext ist auch die Förderung des Kabelpilotprojektes Ludwigshafen zu sehen, dem später so genannten medienpolitischen „Urknall“, mit dem in guter rheinland-pfälzischer Tradition die neuen Chancen des technisch geöffneten Medienmarktes genutzt werden sollten. Rheinland-Pfalz zog das Projekt durch, obwohl viele den kulturellen und ökonomischen Nutzen des Vorhabens bezweifelten und der Verlust von Arbeitsplätzen bei den öffentlich-rechtlichen Sendern vorausgesagt wurde. Ministerpräsident Bernhard Vogel verteidigte dagegen das Vorhaben, aus medienpolitischen, aber nicht zuletzt auch aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus. Und er behielt Recht, wie wir heute sehen, wenngleich die erhofften wirtschaftlichen Wirkungen für Rheinland-Pfalz wohl geringer ausfielen als erhofft.

Auch der Export als das Standbein der rheinland-pfälzischen Wirtschaft wurde weiter gefördert, mit den Wachstumsmärkten im Fernen Osten zunehmend Kontakt angebahnt: hier war es wieder Carl Ludwig Wagner, der Wege ebnete, die freilich angesichts des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 politisch ins Zwielicht gerieten.

In dieser ökonomisch schwierigen Situation begann zugleich –dies wäre ein zweiter Indikator– ein gesellschaftlicher Wandel, dessen Fernwirkungen zur Zeit noch nicht überschaubar, noch weniger erforscht sind. Nur so viel ist sicher: Individualisierung, Fragmentierung des politischen Interessenspektrums, aber auch zunehmende Konsumorientierung in weiten Kreisen der Bevölkerung waren bei diesem Vorgang von Bedeutung. Ein Beleg für solche Veränderungen ist das Auftreten einer neuen Partei auch in der rheinland-pfälzischen Landespolitik: die Grünen.

1983 traten die Grünen als Resultat der in den 70er Jahren formierten neuen sozialen Bewegungen wie der Friedens-, Antiatomkraft-, Naturschutz- und Frauenrechtsbewegung zum ersten Mal bei einer rheinland-pfälzischen Landtagswahl an und verfehlten mit 4.5% der Stimmen nur knapp den Einzug in den Landtag, der bei der nächsten Wahl 1987 dann aber gelang. Für viele insbesondere in der CDU waren die Grünen mit ihren basisdemokratischen Ansichten und ihrem scheinbar noch ungeklärten Verhältnis zum Staat und zum Grundgesetz nicht nur ein politischer Gegner, sondern auch eine Gefahr für die Demokratie. Sie wurden

mit aller Schärfe bekämpft, einer Schärfe, die die Grünen auf ihre Art in gleicher Münze zurückzahlten. Die Vorbehalte im bürgerlichen Lager verstärkten sich umso mehr, als sich bei den Grünen ein reichlich heterogenes, diffuses Protestpotential sammelte: der Protest gegen die bisherige Wirtschafts-, vor allem Verkehrspolitik, gegen die Atomkraft, insbesondere nach dem großen Unfall in Tschernobyl, der dann der Ablehnung des rheinland-pfälzischen, auf unsicherem geologischen Terrain erbauten AKWs in Mühlheim-Kärlich weitere Nahrung gab. Vor allem aber fand auch der Protest gegen die Präsenz der amerikanischen Soldaten, gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluss, gegen Atomraketen und Giftgaslager in der Pfalz hier politischen Ausdruck. Das Hunsrückdörfchen Hasselbach, wo Pershing-Raketen stationiert werden sollten, wurde zu einem Schwerpunkt der gegen die Nachrüstung gerichteten Proteste. Hatten die Rheinland-Pfälzer seit den 1960er Jahren vor allem die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen der Stationierung schätzen gelernt, so wurde die Haltung in Rheinland-Pfalz, dem „Flugzeugträger der NATO“, nun zunehmend distanzierter, wollte man im atomaren Wettrüsten immer weniger zum Leidtragenden der Entwicklung des Kalten Krieges werden. Der Liberale Rainer Brüderle hat diese Stimmung einmal wohl recht treffend eingefangen. Seiner Ansicht nach wollten die Rheinland-Pfälzer „in einer Welt Gary Coopers nicht länger die Indianer sein.“ Die Erklärung von Gemeinden zu atomwaffenfreien Zonen mochte manch einer belächeln und doch waren sie Ausdruck dieses Wandels. Vor diesem Hintergrund wurde am Ende der große Flugunfall in Ramstein 1988, bei dem 70 Menschen ums Leben kamen, eine große menschliche Tragödie und zugleich auch ein weiteres belastendes Moment im deutsch-amerikanischen Verhältnis.

Vermutlich ist in solchen hier nur ansatzweise skizzierten gesellschaftlich-politischen Veränderungen die eigentliche, tiefere Ursache für das Ende der CDU Dominanz in Rheinland-Pfalz zu suchen, die sich Ende der 1980er Jahre anbahnte. Neue Interessenlangen, neue politische Schwerpunkte bestimmten den Zeitgeist, durchlöcherten immer mehr die ohnehin erodierten Milieus und am Ende auch die traditionelle Wählerbasis der CDU. Die Wahlanalysen dieser Zeit legen jedenfalls diesen Schluss nahe. Nach Außen hin war es ein öffentlich ausgetragener innerparteilicher Dissens über eine Erneuerung der Partei, mit dem sich der Fraktionsvorsitzende der CDU Hans-Otto Wilhelm zunehmend gegen Ministerpräsident Vogel stellte. Und die Niederlage in der Landtagswahl 1987, bei der die CDU knapp 7 % der Wählerstimmen einbüßte, die absolute Mehrheit verlor und nun mit

der FDP koalieren musste, schien ihm Recht zu geben. Es fehlte den Opponenten jedoch an einem schlagkräftigen, zukunftsweisenden Konzept, und als Bernhard Vogel 1988 nach der Niederlage bei der Abstimmung um den rheinland-pfälzischen Parteivorsitz auch als Ministerpräsident zurücktrat, geriet die CDU in ernste Schwierigkeiten.

Carl Ludwig Wagner hat sich damals in die Pflicht nehmen lassen, und übernahm in dieser äußerst schwierigen Situation das Ministerpräsidentenamt neben Wilhelm als Parteivorsitzendem. „Ich würde das heute nicht mehr machen“, kommentierte er Jahre später diese unglückliche Lösung. „Ich kann nur sagen, es ist besser, wenn beide Ämter in einer Hand sind. Sonst ist Voraussetzung, dass es ein sehr gutes Einvernehmen zwischen den beiden Akteuren gibt, und das war bei uns in Rheinland-Pfalz nicht so“. Helmut Kohl hat in seiner Autobiographie diesen Vorgang als nichts weniger denn „Dummheit der eigenen Partei“ qualifiziert, die die CDU mit dem Verlust der Regierungsfähigkeit in Rheinland-Pfalz bezahlt habe. Carl Ludwig Wagners intensives Bemühen um eine solide Regierungsweise, die sich mehr durch Sachlichkeit denn durch Medienwirksamkeit auszeichnete, war vor diesem Hintergrund vergeblich. Die Landtagswahl 1991 hat dies bestätigt und nach über 40 Jahren der SPD erstmals die Regierungsbildung ermöglicht. Dabei wird freilich nicht zu übersehen sein, dass die bundespolitischen Rahmenbedingungen bei diesem Wahlkampf eine wichtige Rolle gespielt haben: anders lautenden Versprechungen entgegen wurden Steuern zur Deckung der Kosten der deutschen Einheit erhöht. Daraufhin konnte die SPD überall im Land plakatieren „Wer so lügt, den wählt man nicht!“

#### **IV. Resümee**

Nimmt man alles zusammen, so stellen sich die 70er und 80er Jahre in Rheinland-Pfalz sehr ambivalent dar. Ein großer Reformaufbruch in den 70er Jahren, der Rheinland-Pfalz weit vorangebracht hat, das Aussehen des Landes gleichsam neu geschaffen hat. Ein Aufbruch freilich, in dem viele unserer heutigen Probleme, man denke etwa an die Probleme des Sozialstaates, bereits angelegt sind. Die 80er Jahre wiederum als Entstehungszeit jener „langfristigen Schwierigkeiten“ auf

ökonomischem Gebiet, jener tiefgreifenden Veränderungen auf gesellschaftlichem Gebiet, die unsere heutige Situation noch bestimmen. Zugleich auch eine Zeit, in der versucht wurde, neue Lösungsansätze für diese Probleme zu etablieren. Viele der Bahnen, in denen sich das Land heute bewegt, sind damals vorgezeichnet worden.